

wissen seiner Fraktionskollegen begab sich daraufhin der Abg. Dr. Jdzowski zum Kriegsminister, traf aber nur einen seiner Kommissare, dem er von der Absicht der Polen, in dieser Angelegenheit eine Interpellation einzubringen, Mitteilung machte. Der Kommissar antwortete darauf: „Die Sache ist schon erledigt; General Doly ist schon rekrutiert.“ Als der genannte Abgeordnete daraufhin in der Fraktionsführung die Interpellation für gegenstandslos erklärte, wurden ihm vonseiten der Mehrheit der Fraktion heftige Vorwürfe wegen seines eigenmächtigen Vorgehens, seines „Aushandels“ mit der Regierung gemacht. Die Fraktion beschloß, trotz der Erklärung des Abg. Dr. Jdzowski, die Interpellation von dem Abg. Stachel und Gassen einreichen zu lassen. Beschlossen wurde ferner, falls das Zentrum die Interpellation nicht unterstützen würde, sich an die Freisinnigen und Sozialdemokraten zu wenden. Die Annahme dieses Antrages suchten die Abg. Fürst Radziwiłł und Dr. Jdzowski durch die Erklärung, daß sie auf keinen Fall ihren Namen neben der Unterschrift von Sozialisten dulden würden, vergeblich zu verhindern. Die Zentrumsfraktion hat bei Unterzeichnung der Interpellation von diesem Vorfall keine Kenntnis gehabt; sie stellte aber die erforderlichen Unterschriften zur Verfügung, weil es sich hier um eine Verletzung des Verichtsgeheimnisses handelt.

— **Flaßwirtschaft — Tropenkoller.** Er ist oft sonderbar, welche Ausdrücke im Parlament zulässig sein sollen und welche nicht. Als der Abg. Goller den Ausdruck „Flaßwirtschaft“ gebrauchte, ist er nicht gerügt worden; dieses Wort aber enthält nicht nur eine Verleumdung unserer Missionäre und Geistlichen, sondern noch eine besondere Verleumdung der geistlichen Reichstagsabgeordneten. Aber trotzdem ist das Wort ungehindert passiert. Ganz selbstverständlich war es, daß das Zentrum die Antwort nicht schuldig bleiben konnte, nach dem Satz: „Auf einen großen Aß gehört ein großer Keil“, hat ihm diese ein Laie aus dem Zentrum erteilt, der Abg. Erzberger. Derselbe betonte eigens, daß der Abg. Goller den Beweis geliefert habe, daß er sich in unzulässigen Ländern aufgehalten habe, ja man könnte fast meinen, er leide jetzt noch an Tropenkoller, was dann den Ausdruck mildere. Man meinte der Präsident, daß der Ausdruck „Tropenkoller“ parlamentarisch nicht zulässig sei. Man hat darüber in weiten Kreisen des Hauses den Kopf geschüttelt. Wenn ein Abgeordneter den schwersten Angriff auf einen ganzen Stand erheben darf und hierbei noch einen sehr verdorbenen und verächtlich machenden Ausdruck gebraucht, geht dies durch; erfolgt aber die Erwiderung auch nur halbwegs entsprechend, so wird es getilgt! Dabei hat der Zentrumsabgeordnete doch nur eine Art Krankheit genannt, die für sehr viele Kolonialbeamte und ihre Wiffriffe letzter im Reichstage als mildernder Umstand geltend gemacht worden ist. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie hier mit zweierlei Maß gemessen worden ist.

— **Der Weizsäcker der Schatzmacher blüht.** Ein sich nicht nennendes Herrenhausmitglied publiziert in der „Arenyzeitung“ einen Artikel mit direkten Anspielungen an die letzten Staatsmänner, um ganz entschieden den Kampf gegen die Sozialdemokratie mitzumachen. Diefes alte und neue Programm wird folgendermaßen festgelegt: „Der Kampf würde und dürfte nur den Elementen des Umsturzes gelten, welche sich selbst außer unserer Staats- und Gesellschaftsordnung und deren friedlicher Entwicklung stellen, die sich deshalb auch nicht wunden und beklagen können, wenn sie strengen Anzahnmaßnahmen unterworfen werden. Tausende müßte trotz aller Enttäuschungen, welche wir dabei bereits erlebt, trotz der schweren Lasten, die wir bereits zu tragen haben, soweit es mit den allgemeinen Interessen nur irgend vereinbar ist und soweit die Leistungsfähigkeit der übrigen Erwerbsstände, namentlich auch im Mittelstande es gestattet, in der Fürsorge für die Arbeiter nicht nachgelassen werden. Wir wollen ihnen durch zweckentsprechende wirtschaftliche Maßregeln Arbeit mit einem möglichst lohnenden Verdienst verschaffen, wir wollen ihnen die Sorge auch um ihre Hinterbliebenen abnehmen, wir wollen ihnen die erforderliche Ruhe in ihrer leiblichen und geistigen Erholung und Fortbildung sichern, wir wollen ihnen auch in der berechtigten Abwehr gegen die Uebermacht ungesunder Kapitalbildungen zur Seite stehen, aber, was wir nicht wollen, was wir niemals ertragen und dulden können, das ist die ausschließliche Herrschaft des Arbeiterstandes mit all dem namenlosen Unglück und dem Schreckenregiment, welches sie uns bringen würde. Um nun dieser drohenden Gefahr rechtzeitig zu begegnen, wiederholen wir die erste Mahnung und die dringende Bitte: *videat consulas.*“ Wir haben leider genügend Veranlassung anzunehmen, daß solche Rufe in den lebenden Kreisen nicht ungehört verhallen. Bis jetzt ist es der Staatssekretär des Innern, Graf v. Poladowski, der den Geiften der Schatzmacher widerstand; gegen ihn arbeiten auch manche Kreise mit Hochdruck. Diefes mehr wird es Aufgabe des Reichstages sein, diesem Staatsmanne keine Schwierigkeiten zu bereiten und ihn selbst da zu stützen, wo es nicht jedermanns Geschmack ist, gewisse Positionen anzunehmen.

— **Der Kampf um die „akademische Freiheit“.** Die Heber gegen die katholischen Studentenkorporationen rücken nun allmählich deutlicher mit der Sprache heraus, so eindeutig, daß auch der Vertrauensvolle erkennen muß, wohin der Haß eigentlich läuft. Dem Katholizismus als festestem Pfeiler des positiven Christentums gilt der Kampf, nicht den farbigen Wandern und Nützen der katholischen Studenten; die Unterdrückung jedes öffentlichen Studententretens katholischer Ueberzeugung haben sich die Kämpfer um die „akademische Freiheit“ zum Ziele gesetzt. Wir haben in der Sonnabendnummer bereits von dem Aufbruch Leipziger Studenten berichtet. Wir bringen heute aus dem Vorläufer des Abg. Blattes, das an verschiedenen Universitäten, so in Berlin und Leipzig, verbreitet wurde, einige Stellen; es heißt darin: „Die schwer erkämpfte Freiheit des deutschen Geistes ist in Gefahr. Keinen offenen Vorstoß wegen die Gegner. Sie führen einen stillen, schleichen Angriff wider die Selbstbestimmung der Persönlichkeit, die sie wie im Mittelalter unter feste Normen bringen wollen. Und nur allzu schwach ist die Widerstandskraft der zur Abwehr berufenen Männer, immer kleinmütiger und schwächer-

ner wird ihr Protest. . . Professoren und Studenten meiden jede entschiedene Stellungnahme in dem großen Kampfe, von dessen Ausgang die geistige Zukunft unseres Volkes abhängt. . . Wir halten die Zugehörigkeit zu einer Konfession, welcher Art diese auch sei, für völlig unvereinbar mit der Würde eines akademischen Bürgers. Die akademische Freiheit bedeutet die schlechthinige Unabhängigkeit jedes einzelnen in allen geistigen Fragen, die religiösen Fragen als die wichtigsten mit eingeschlossen. Deshalb kann ein Akademiker niemals aufrichtig einer Konfession angehören. Tatsächlich fühlen sich auch schon längst Professoren und Studenten in überwältigender Mehrheit von jeder konfessionellen Bindung innerlich frei. Die Zugehörigkeit zu einer Konfession ist bei der Mehrzahl der Akademiker nur noch ein äußerer Schein. So bitten wir denn alle akademischen Mitbürger, Professoren und Studenten, endlich die Maske fallen zu lassen, offen und mit höchster Aktivität Stellung zu nehmen und jeder Konfession abzulegen. . . Darum bitten wir die Professoren der nichttheologischen Fakultäten, in Korporation aus den verschiedenen Kirchen, zu denen sie jetzt — nur äußerlich — noch gehören, auszutreten und bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die theologische Fakultät als dem akademischen Geiste widersprechend aufgehoben werde. . . Löset euch ohne Ausnahme von den hemmenden Fesseln der überlebten Konfessionen los! Wer Augen hat zu sehen, der sehe. Diefes Entschlossenheit wirkt wie großes Licht und zeigt in schärfster Umrisse die wahre Gestalt des Kampfes gegen die katholischen Studentenkorporationen.

— **Der christliche Bauarbeiterbund** hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher er fordert, daß die Regelung des Bauarbeiterlohnes unter allen Umständen für das ganze Reich einheitlich erfolgen soll, da das jetzige System der lokalen Vauarbeiterordnung unbillig sei. Die Regelung sei eine dringend notwendige, da die Zahl der im Vauwerke beschäftigten Personen sich zur Zeit auf weit über 1½ Millionen belaufe, die Zahl der durch Unfall hervorgerufenen Todesfälle am Vauwerke betrage aber mehr als ein Fünftel aller im gewerblichen Leben überhaupt durch Unfall herbeigeführten Todesfälle. Um eine einheitliche Regelung des Bauarbeiterlohnes, sei es durch Reichsgesetz oder durch eine Bundesratsverordnung, herbeizuführen, fordert die Petition 1) eine Veridärkung und Erweiterung der Unfallversicherungsbestimmungen und der sanitären und sittlichen Anforderungen für Vauten und Vauplätze; 2) die Ueberwachung der Vaubetriebe und Vauplätze ist den Gewerkeinspektoren zu übertragen und sind für diese Ueberwachung Bauarbeiter in geeigneter Weise mit heranzuziehen; 3) Die Beschäftigung von weiblichen Personen auf Vauten und Vauplätzen ist zu unterbinden; 4) in den Lehrplänen der Vauarbeiter, sen und der gewerblichen Fortbildungskursen ist der Bauarbeiterjahrs als Unterrichtsgegenstand aufzunehmen, jedenfalls aber hier Vorträge über denselben zu halten. Das Zentrum hat schon im Jahre 1903 Anträge in derselben Richtung gestellt.

— **Die Kriegsgerichte,** welche während der letzten Woche in Elsh-Dothringen im Umlauf waren, haben zu den phantastischsten Kombinationen und in ihrer Zügellosigkeit zu manchen nachteiligen Verwicklungen geführt, unter welchen vor allem Vauhändler und Sparkassen zu leiden hatten. Ihren Höhepunkt erreichten die haarsträubenden Kriegsgerichte mit einem Inzerat, das von der kaiserlichen Justizstation Straßburg ausging und in der „Mastatter Zeitung“ erschien. Laut diesem Inzerat wurden seitens der Justizstation sofort 250 Aufseher, 8000 Erdarbeiter, 600 Zimmerleute, je 200 Maurer und Eisenarbeiter zu überaus hohen Löhnen gefordert. Man kann sich denken, daß angeichts dieses Inzerates auch Leute mit sonst kühler Denkart sich ärgern werden und dem Moment des Vorkommens von Frankreich und Deutschland für gekommen hielten. Die Aufklärung der mysteriösen Angelegenheit ließ nicht lange auf sich warten. Das Inzerat war für den Fall bestimmt, daß es wirklich einmal zu einer Mobilmachung wegen Kriegsnot kommen sollte, hatte aber mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge gar nichts zu tun. Der unwürdige Schreiber gab das im tiefsten Friedenszustand harmlose Mobilmachungsschriftstück an die Expedition der „Mastatter Zeitung“, die es denn auch veröffentlichte. Es hat die Wirkung nicht verfehlt: Stärkere Truppen von beidseitigen Soldaten und Arbeitern trafen auf dem Festungs-Schießhof in Straßburg ein, wo sie von dem sehr erkannten Volkseifer, der keine Ahnung hatte, wieder nach Hause geschickt wurden.

— **Österreich-Ungarn.** — In Organ der Volkspartei „Aktomann“ wird Graf Apponyi ziemlich scharf wegen einer Rede in Rissoz angegriffen. Das Blatt bemerkt u. a.: „Das Volk ist wohl zum geistlichen Widerstande bereit, doch wünscht es eher den Frieden als den kräfteverzehrenden Widerstand. Graf Apponyi hätte daher sagen müssen, um welchen Preis die Koalition zum Frieden geneigt wäre, und das hätte auch eine Wirkung nach oben ausgeübt. Die höchste Gefahr ist im Verzuge. Graf Apponyi hätte durch eine solche Aechterung der friedlichen Lösung viel nützen können.“ — Sollte in der Volkspartei bereits eine gewisse Genüchterung platzgreifen?

— **Luxemburg.** — Der Großherzog von Luxemburg ist nach leichtem Unwohlsein am vergangenen Montag unter Auftreten neuer Symptome erkrankt. Es trat allmählich zunehmende Erschwerung des Sprachvermögens und Schlundvermögens ein mit Neigung zur Schläflichkeit, aber ohne Störung des Bewußtseins. Dabei besteht allgemeine Relaxation der Körpermuskeln, jedoch keine neue Lähmung. Die Herzaktivität hat sich etwas gebessert.

— **Frankreich.** — Gegen Venezuela wird Frankreich, wie zu erwarten war, mit Zwangsmahregeln vorgehen. Die Regierung hat des Washingtoner Auswärtige Amt dahin informiert, daß Frankreich Entschuldigung für die Behandlung Laigans verlangt und nach etwaiger Verweigerung unverzüglich zu Zwangsmahregeln schreiten werde. Nach Meldungen aus Remort wird Frankreich Truppen landen. Dagegen Bureau meldet aus Washington, der amerikanische Kreuzer „Denver“ erhielt Befehl, nach den Windward-Inseln ab-

zudampfen, um dort die amerikanischen Interessen zu schützen, falls Frankreich Schritte gegen Venezuela ergreife. Aus Remort wird ferner telegraphiert, der Herold melde aus Caracas, daß ein Regierungserlaß die Ausweisung der Direktoren Jacou und Bourget von der französischen Telegraphengesellschaft in La Guayra anbefohlen habe.

— **Ein neues Staatsoberhaupt.** Man darf nicht meinen, daß mit der Stellung eines republikanischen Präsidenten, die eben durch die Wahl des Präsidenten der französischen Republik in den Vordergrund des Interesses gerückt ist, überall die gleiche Fülle von Macht verbunden ist. Während zum Beispiel der Präsident der Vereinigten Staaten ein wahrhafter Autokrat ist, steht dem Chef des französischen Reiches ein sehr beschränkter Wirkungskreis offen. Es ergibt ihm wie dem König, der „herrscht, aber nicht regiert“. Er repräsentiert die französische Republik und hat auch gewisse gesetzliche Vorrechte, aber müßte ein Mann von den ungewöhnlichsten Qualitäten sein, um aus dieser Repräsentanz ein Herrscheramt, aus seinen Befugnissen wirkliche Aktionen zu machen. So steht ihm zum Beispiel gemeinsam mit Senat und Kammer die gesetzgeberische Gewalt zu; kommt aber seine Ansichtung mit jener der parlamentarischen Mehrheit in Kollision, so hat er in einer begründeten Votschaft die Kammern zu einer neuen Beratung aufzufordern oder die Deputiertenkammer im Einverständnis mit dem Senat vor dem gesetzlichen Ablauf ihres Mandats aufzulösen. Dann müßten binnen drei Monaten neue Wahlen veranstaltet werden. Während aber jede amtliche Handlung des Präsidenten von einem Minister kontrahiert werden muß, darf der Präsident nicht die Minister absetzen, sondern nur seine Unterschrift verweigern. Tut er dies, so läuft er immer Gefahr, vielleicht sein Amt zu verlieren. Er darf in einzelnen Fällen begnadigen, aber wehe ihm, wenn er gegen den Willen des Parlamentes eine politische Begnadigung vornimmt. Er repräsentiert die Republik den Souveränen und Votschastern gegenüber und ernennet Beamte und Offiziere, aber er besetzt auch hier nur, was der aus den Kammern hervorgegangene Ministerpräsident ihm anempfiehlt. Der Präsident hat das Palais Elisee in Paris und das Schloss St. Cloud zur Wohnung und bezieht ein Gehalt von 1 200 000 Franken und 700 000 Franken Repräsentationsbeitrag.

— **Rußland.** — Aus Moskau wird berichtet, die Arbeiter erklärten die Berichte von einem am 22. Januar beabsichtigten Aufstand für falsch. In allen Fabriken werde gearbeitet werden. — In Lodz sind jetzt über 400 Revolutionäre verhaftet, darunter Rechtsanwalt Engelhardt, einer der Hauptführer der Bewegung. Ferner wurde dort ein Bombenlager entdeckt, wobei infolge einer Explosion zwei Personen tödlich zerrissen wurden. Der Vörder des Stationsvorstehers in Lublin ist dort erschossen worden. — In Libau wurden 25 Personen wegen Uebersiedlung, Strafraub und Mordtaten zum Tode verurteilt und erschossen. — Unzufrieden mit der Regierung zogen etwa 1000 Kaufleute aus Teheran weg nach Schahdallasma. Der Schah wollte Ueberziehern vermeiden und willigte ein; eine Vertretung der Geisteslichkeit, der Kaufmannschaft und des Grundbesitzes unter dem Vorhitz des Schahs einzuberufen mit administrativen und legislativen Funktionen. Gleichheit aller vor dem Gesetz wurde verkündet.

— **Der Generalgouverneur von Moskau** gab bekannt: Die von den Revolutionären verbreiteten Gerüchte, die Bewachung und das Militär verübten Willkürakte und jede Nacht würden friedliche Bürger außerhalb Moskaus erlarmungslos niedergeschossen, sind nur eine böswillige Erfindung, ebenso die Gerüchte über am 22. und 25. Januar bevorstehende Unruhen. Der Generalgouverneur verbürgt sich dafür, daß sich Unruhen nicht wiederholen werden.

— **Aus den deutschen Kolonien.** — Die Errichtung einer neuen Regierungskasse in unserer Kolonie Neu-Guinea ist für April 1906 in Aussicht genommen. Bisher mußten die Kinder der Europäer alle nach Sydney oder Ausland (Australien) zur Schule geschickt werden, dies soll nunmehr in Portfall kommen. Geplant ist hierzu eine Schule für Eingeborne, die auch Unterweisungen im Pflanzungsgeheimnis und im Handwerk geben soll. Der Reichstag hat sich seitler mit der Sache noch nicht befaßt; aber soviel wir wissen, ist der Lehrer für diese Schule bereits unterwegs. Es ist ein abgefallener italienischer Geistlicher, der sich in Deutschland verberietel. Vor einiger Zeit kam ein katholischer deutscher Weltgeistlicher, der in fast 10-jähriger Tätigkeit in Deutsch-Ostafrika und Kamerun seine Gabe und Zeit opferte und draußen nicht mehr arbeiten kann, um eine Verwendung in der Kolonialverwaltung ein. Aber für ihn hat man keine Arbeit; er ist kein abgefallener Priester, sondern steht treu zu seiner Kirche.

— **Sächsischer Landtag.** — Dresden, 22. Januar 1906.

— **Zweite Kammer.** Den Bericht der Redenschast-Deputation über das königl. Dekret Nr. 3, den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1902-1903 und über Kap. 24 des mittels königl. Dekrets Nr. 1 vorgelegten Redenschastberichts auf die Finanzperiode 1902-1903, dieselben Sammlungen betreffend, erlittet Abg. Gontard. — Der Bericht gedenkt zunächst des warmen, verständnisvollen Interesses, das der verstorbenen ehemalige Finanzminister v. Waldorf als Leiter der königl. Direktion seiner Leitung anvertrauten Kunstsammlungen gewidmet hat, da unter seiner Amtsdauer dieses geschehen, um die Sammlungen zu ordnen, nutzbar zu machen, durch neue Erwerbungen zu vermehren, die unerföhlchen Schätze gegen Feuerichäden zu sichern, wie auch die Anlagen der diesem Zwecke dienenden großen Fernheizwerkes recht eigentlich seiner Initiative entsprungen seien. Der Ertrag der Eintritts- und Führungsgelder zeigt gegen die Vorperiode eine Zunahme von 9110 Mk. 45 Pf., die Zahl der verkauften Kataloge ist um 3164 gestiegen. Besucht haben die Sammlungen 1 247 904, mithin um 114 534 mehr als in der Vorperiode. Während die Ausgaben für Vermehrung der Sammlungen in der Vorperiode 347 996 Mk. 54 Pf. betragen, betragen sie in der Berichtsperiode nur 200 823 Mk.

40 Pf. Die zum königl. Ueberfchreit 73 Pf. nach für befriedigend. Es ist die wäre, das Generaldirektor ordnung der Sammlungen Generaldirektor gegen diese Anregung wägung und Regierung. Erhaltung. R i g e r b. aufwendet. Wifenshaft. daß der Sto. haltung in gründet. W werden kön. lungen haben. lichtig daru. rungen an. noch so iso. stellung der. aus. Die. lungen sei. nötig. — N. des Berichts. nommen. — das königl. zur Abänder. 1884 betref. Regierung. der sächsischen. schiebene W. rung des N. sei bereits a. weitem n. zum Beispie. richtung der. eingetragen. freien. Er. in dem We. — Abg. S. schuldliches. Gtäubiger. beantragt. D. verweisen. Finanzdeput. des ordent. staatl. A. treffend. A. namme in. und die Au. bewilligen. — schriftliche. nanzdeputat. Entwurf ein. erstatter. A. klärt sich. f. sage festge. denheit erze. stimmen, w. sein werde. redners sei. Rates Wini. fidenten D.

— **Tageb.** des Aufst. sächsischen. Stolzberg. — komponist. — 1843. † J. Dichter. — 1. mann. — 1. Magdeburg. bei Magde. süßen nieder. täufer Joh. † Kaiser Ott.

— **W.** logischen. Witterung: N. vrsprung: N. — **S.** Gottesdienst. Audienzen. — **G.** militärische. träge der. sekretär.

— **D.** Könige hat. von Pöfer. — **S.** nach Berlin. Kaiser die. persönlich do.

— **J.** gellern in. Bermuth in. Abends 6 U. zu der Se. Bringen. Herzog Kar. waren.

— **B.** Franken Ser.

teressen zu
la ergreif-
rold melde
Ausweisung
ranzösischen
n habe.
cht meinen,
Präsidenten,
ranzösischen
gerückt ist,
t. Während
Staaten ein
ranzösischen
ergeht ihm
Er reprä-
ungewöhn-
fentanz ein
aktionen zu
mit Senat
nimmt aber
Mehrheit
tschaft die
n oder die
Senat vor
ien. Dann
anläßt wer-
Präsidenten
müß, darf
a nur seine
er immer
arf in ein-
n er gegen
egnädigung
Seuberänen
e und Offi-
den Kam-
menpflicht.
s und die
Gebalt von
äsentations-
er erklärten
ichtigen Auf-
beheite wer-
verhohlet,
auptführer
nlagert ent-
tionen buch-
stationsvor-
In Bittau
ntraus und
— Ungu-
nkente aus
wollte Mut-
retung der
besißes unter
ministrativen
vor dem Ge-
ab bekannt:
te, die Be-
e und jede
ostaus er-
willige Er-
25. Januar
ur verbürgt
werden.
ngeschule in
in Aussicht
europäer alle
schule geschäft
n. Geplant
auch Unter-
dwerk geben
eode noch
e Lehrer für
abgeschaffener
verbeiratet
der Weltgeist-
Deutsch-Ost-
eperte und
Verwendung
nt man keine
rn steht treu

40 Pf. Die Reichenschaftsdeputation beantragt in Kap. 24, zum königl. Hausfideikommiß gehörige Sammlungen, die Ueberführung des Etats zusammen mit 6847 Mark 73 Pf. nachträglich zu genehmigen und sich mit dem Bericht für befriedigt zu erklären. Der Berichterstatter richtet zum Schluß die Frage an die Regierung, ob es nicht angezeigt wäre, das neue im Bau begriffene Kunstgewerbemuseum der Generaldirektion zu unterstellen. Er erwähnt die Anordnung der Regierung, daß Geschenke für die königl. Sammlungen nur auf erteilte Bewilligung seitens der Generaldirektion angenommen werden dürfen und spricht sich gegen diese Anordnung aus. — Abg. V e h r e n s sagt, die Anregung des Vorredners erfordere eine genauere Erwägung und spricht den Wunsch aus, daß die Beiträge der Regierung, die sie zu diesen Zwecken leistet, erhöht und die Erhaltungsfonds vergrößert werden. — Finanzminister Dr. M ü g e r bemerkt, daß, was der Staat für die Sammlungen aufwendet, sei nur ein Teil dessen, was er für Kunst und Wissenschaft tut. Redner legt an Ziffern des Berichtes dar, daß der Staat tue, was er könne. Die gegenwärtige Zurückhaltung in den Ausgaben sei durch die Finanzlage begründet. Man möge sich nicht darüber täuschen, was geleistet werden könne. Eine ungemessene Vermehrung der Sammlungen habe ihre großen Schattenseiten, da die Ueberlässigkeit darunter leidet. Man möge nicht zu hohe Anforderungen an die Staatskasse stellen und wäre der Zweck ein noch so schöner. Der Minister spricht sich für die Unterstellung der Kunstgewerbeschule unter die Generaldirektion aus. Die Einwilligung der Generaldirektion bei Schenkungen sei nur bei Geschenken von über 100 Mark im Werte nötig. — Nach kurzen Bemerkungen der Abg. S ä h n e l und des Berichterstatters wird der Deputationsantrag angenommen. — Es folgt nun die allgemeine Vorberatung über das königliche Dekret Nr. 23, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Staatsschuldbuchgesetzes vom 25. April 1884 betreffend. Finanzminister Dr. M ü g e r erklärt, die Regierung sei fortwährend bestrebt gewesen, den Kurswert der sächsischen Staatspapiere zu erhöhen. Hierzu führen verschiedene Wege. Die Regierung schlage vor allem die Umänderung des Rechtszustandes vor. In den Motiven des Gesetzes sei bereits ausgedrückt, daß das Staatsschuldbuch bei uns bei weitem nicht so in Anspruch genommen wird, als anderswo, zum Beispiel in Preußen. Für die Eintragung sei die Einrichtung der Gebührenschrift notwendig. Der Verkehr mit eingetragenen Forderungen sei von gewissen Abgaben zu befreien. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Kammer in dem Bestreben der Regierung mit dieser übereinstimme. — Abg. M ü b n e r spricht über die Vorteile des Staatsschuldbuches und wünscht, daß von demselben seitens der Gläubiger so viel als möglich Gebrauch gemacht werde, und beantragt, den Entwurf an die Gesetzgebungsdeputation zu verweisen. Geßicht mit Einstimmigkeit. — Namens der Finanzdeputation A erstattet den Bericht über Kapitel 14 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1906—1907, staatliches Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden betreffend, Abg. C h r e i t. Die Deputation beantragt die Einnahme in Titel 1 und 2 mit 205 000 Mark zu genehmigen und die Ausgaben in Titel 3 bis 11 mit 126 519 Mark zu bewilligen. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen. — Zur Schlussberatung liegt der Kammer der schriftliche Bericht der Gesetzgebungsdeputation und der Finanzdeputation A über das königliche Dekret Nr. 17, den Entwurf eines Ungeschuldenengesetzes betreffend, vor (Berichterstatter Abg. S c h u l z e). Vizepräsident Dr. S c h i l l erklärt sich für das Ausschaltensystem und gegen das in der Vorlage festgelegte System. Es werde durch letzteres Ungleichheit erzeugt. Redner bemerkt, er werde gegen das Gesetz stimmen, welches für andere Staaten gewiß nicht Vorbildlich sein werde. Nach kurzen gegen die Ausführungen des Vorredners seitens des Berichterstatters und des Geheimen Rates Ministerialdirektors Dr. M ä n t i g und des Vizepräsidenten D p i t z wird die Vorlage angenommen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 22. Januar 1906.
Tageskalender für den 23. Januar. 1906. Beginn des Aufstades in Moskau. — 1905. † Prälat Reuber in Berlin, Fürstbischöflicher Delegat. — 1908. Fürst Alfred zu Stolberg-Stolberg. — 1889. † Friedrich v. Holow zu Darmstadt, Opernkomponist. — 1879. Adolf Jenin zu Baden-Baden, Lieberkomponist. — 1871. Geßicht mit Garibaldiern bei Dijon. — 1843. † Friedrich Hecker de la Motte-Fouqué in Berlin, deutscher Dichter. — 1806. † William Pitt, bedeutender englischer Staatsmann. — 1761. † Friedrich v. Matthöus zu Hohenbodelshausen bei Magdeburg, deutscher Dichter. — 1692. Schlacht gegen die Türken bei Ragn-Sallos. — 1574. Utrechter Union, Vereinigung der sieben niederländischen Provinzen. — 1536. Gründung der Piederhäuser Hof v. Leiben und Knipperdollings zu Wülfers. — 1002. † Kaiser Otto III. zu Vaterra.
* Wetterprognose des königl. Sachs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 23. Januar. Witterung: heiter und trocken. Temperatur: unternormal. Windrichtung: Nordost. Luftdruck: hoch.
* Se. Majestät der König besuchte gestern den Gottesdienst und erteilte nach demselben mehreren Herren Audienz.
* Heute vormittag nahm Se. Majestät der König militärische Meldungen entgegen und hörte dann die Vorträge der Herren Staatsminister und des kgl. Kabinettssekretärs.
* Den Kammerherrndienst bei Se. Majestät dem Könige hat bis zum 3. Februar der königl. Kammerherr von Posern übernommen.
* Se. Majestät der König wird sich am 26. d. M. nach Berlin begeben, um Se. Majestät dem Deutschen Kaiser die Glückwünsche zum bevorstehenden Geburtstage persönlich darzubringen.
* Ihre Majestät die Königin-Witwe empfing gestern in Audienz den Chef des Generalstabes Oberst Wermuth und den Geheimen Staatsrat Prof. Meßling. — Abends 6 Uhr fand bei Ihrer Majestät Familientafel statt, zu der Se. Majestät der König, Ihre königl. Hoheiten die Prinzessinnen, Prinzessin Mathilde und Se. Hoheit der Herzog Karl Borwin zu Mecklenburg-Strelitz erschienen waren.
* Zum Kultusminister an Stelle des erkrankten Herrn v. Seydewitz soll, wie mitgeteilt, der frühere

Streisauptmann von Baugen, v. Schlieben, ernannt worden sein, der vorher Amtshauptmann in Bittau und vortragender Rat im Ministerium des Innern war. Die „Königliche Zeitung“ zeichnet dem neuen Minister folgenden Kurs vor: „Als Kultusminister wird er kaum eine andere Richtung einschlagen, als die der abgehende Herr v. Seydewitz innehielt, also im wesentlichen vorwärtige Abwägung der in unserer geistigen und sozialen Entwicklung liegenden Forderungen. Die Persönlichkeit des neuen Ministers bürgt dafür, daß er den Katholiken in Sachsen geben wird, was sie nach der Staatsverfassung und den Grundgesetzen der Gerechtigkeit verlangen können, daß ihm aber ein Entgegenkommen gegen ultramontane Forderungen genau so fern liegen wird wie Herrn von Seydewitz.“ — Hierzu bemerkt die „Germania“: Die „Grundzüge der Gerechtigkeit“, welche die Katholiken in Sachsen seitler an sich erfahren müßten, sind, von zeitweiligen mehr oder weniger ungläublich erscheinenden Zeitungsmeldungen abgesehen, bei der ersten Beratung des Tolerantrages des Reichstags im Reichstag so anerkennend und wirkungsvoll dargelegt worden, daß selbst der sächsische Bundesratsbevollmächtigte schier darüber erödete und die Sprache nicht recht zu finden wußte. Und so soll es also weitergehen — wenn es der „Kön. Ztg.“ nach geht.
* Der Rat zu Dresden macht bekannt: Wer während der Nacht für Kranke ärztliche Hilfe sucht, kann solche durch Vermittlung der Wohlfahrtspolizei-Inspektionen erlangen. Dasselbst sind die Namen der zur Hilfeleistung bereiten Ärzte zu erfahren, auch wird auf Ansuchen die Herbeiziehung eines Arztes übernommen. Für die Bezahlung der Ärzte haben die Hilfesuchenden selbst aufzukommen, nur für gänzlich Unbemittelte übernimmt die Armenkasse die Bezahlung. Seitens der Direktion der königlichen Frauenklinik ist die Einrichtung getroffen worden, daß in dringenden geburtsbilligen Fällen sofort ärztliche Hilfe aus der königlichen Frauenklinik, sei es bei Tag oder bei Nacht, unentgeltlich gewährt wird. Die Wohlfahrtspolizei-Inspektionen vermitteln die Herbeiziehung ärztlicher Geburtshilfe aus der königlichen Frauenklinik durch Fernsprecher. In den südöstlichen eingedeckten wundenärztlichen Hilfsstellen und in den Sanitätswachen des Samaritervereins (freiwillige Rettungsgesellschaft) wird Verunglückten oder auf der Straße plötzlich Erkrankten, welche die Hilfsstellen selbst aufsuchen oder ihnen zugeführt werden, die erste Hilfe gewährt. Durch die Sanitätswachen ist auch die Entsendung von Ärzten zur Hilfeleistung außerhalb derselben zu erlangen.
* Im Verein für Volkshygiene, Landhausstraße 7, 1., spricht Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr Herr Oberarzt Dr. Plach über die geschlechtliche Aufklärung bei der Erziehung unserer Jugend. Der Eintritt ist frei.
* Im ganzen Reichspostgebiete wird von Februar ab die Paketbestellung an Sonntagen ausfallen. Ausgenommen sind die Paketbestellungen an den Weibnachts-, Oster- und Pfingsttagen und der Verkehr durch Eilboten.
* Am Sonnabend abend brach im Logengebäude, Ostera-Allee, Feuer aus, das in kurzer Zeit die linke Hälfte des Dachstuhles zerstörte. Die Umkleidung eines für die Zentralheizung bestimmten Reservoirs unter dem Dache hat vermutlich sich selbst entzündet.
* In letzter Zeit ist hier, wie auch in anderen Orten, eine unbekante Petrikerin im Alter von 40 bis 50 Jahren, angeblich Erna (Elise) Gutfreund oder Schröder aus Leipzig, aufgetreten. Sie verjuchte, sich durch Befragen von Diensthöfen Auskünfte über die Familienverhältnisse der betr. Herrschaft zu verschaffen, um von diesen dann Geld zu erschwindeln.
Leipzig. Das Reichsgericht hob das Urteil des bayrischen Oberlandesgerichts auf in der Klage der Frau Geheimrat Schweninger auf Herausgabe der Tochter Lenbachs, Marion. Marion bleibt im Hause der zweiten Gattin Lenbachs.
Reichhalt. Vom 30. Januar wird auf dem Truppenübungsplatz bei Reithain sich ein Pöblamt mit Telegraphenbetrieb befinden unter der Bezeichnung „Reithain-Übungsplatz“.
Chemnitz, 21. Januar. Die von sozialdemokratischer Seite heute vormittag veranstalteten Wählerversammlungen, welche sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl für den hiesigen Kreis beschäftigten, nahmen sämtlich einen ruhigen Verlauf. Die Polizei hatte Versammlungen und Demonstrationen zu jedem anderen politischen Zweck ausdrücklich verboten, es sind solche auch nicht versucht worden.
Rom, 16. Januar. Am 3. Januar hat in Rocca di Papa bei Rom die feierliche dritte Einweihung der Karmelitanen vom päpstlichen Nerven Jesu und die Profch der älteren Schwestern stattgefunden; es sind dies die Schwestern von dem Berliner St. Josephshaus (Berlin N, Pappel-Allee 110—111). Se. Eminenz Kardinal Salotti hatte als Delegaten Vater Antonio, Provinzial der unbekanntlichen Karmeliten und Mitglied der heiligen Kongregation der Bischöfe und Orden gesandt und ihm assistierte der Vater General der Pasottiner, Angelmayor, welcher an die Schwestern eine ergreifende Ansprache hielt, indem er besonders bewundernd und lobend ihren Opfermut und ihre Standhaftigkeit hervorhob, mit denen sie durch so viele Jahre alle Hindernisse, Widerwärtigkeiten und Versuchungen überwunden hätten, bis endlich das in Berlin eingeseufte Samenwort zu einem Baume herangewachsen war und nach Italien verpflanzt werden konnte. Nun der heilige Vater der Kongregation kürzlich noch die große Guld erwiesen und die Genehmigung gegeben, das Noviziat nach Rom selbst verlegen zu dürfen, würden alle bisher ertragenen Leiden in einem Augenblick vergessen sein usw. — 52 Postulantinnen wurden vom Vater Antonio eingeweiht, welcher auch die Profch abnahm. Da Rocca di Papa den Mönchen als Luftkurort im Sommer dient, haben schon so viele hochgestellte römische Priester und Damen der höchsten Gesellschaft das Josephshaus S. Teresa besucht und alle ihre volle Bewunderung, ja Bewunderung ausgedrückt, daß es den kaum italienisch sprechenden deutschen Schwestern in so kurzer Zeit möglich geworden ist, aus gänzlich verwohnelten Kindern eine Schar so gesitteter, wohlzogener Kinder zu bilden. Interessant

ist noch, wie diese junge Genossenschaft nicht aus einem Teil Deutschlands, sondern buchstäblich aus Deutschen aller Provinzen sich zusammensetzt. Von den jüngst Eingeweihten sind aus Bayern 10, Westfalen 9, Rheinland 8, Schlesien 7, Provinz Preußen 5, Württemberg 3, Hannover 2, Hessen 2 und je eine aus Baden, Hohenzollern, Oldenburg, Sachsen, Mähren und Tirol. Zu bewundern ist, daß die Gesellschaft in den 14 Jahren ihres Bestehens nur zwei Postulantinnen im Laufe dieser ganzen Jahre durch den Tod verloren hat; ebenso gut ist auch der Gesundheitszustand der Kinder; von den über 450 Kindern der verschiedenen St. Josephshäuser sind im Alter von über acht Jahre ebenfalls im Laufe dieser ganzen Zeit nur zwei Mädchen und jetzt ein beim Turnen gestürzter Knabe gestorben. Man sieht hier: je einfacher die Lebensweise, desto gesünder. Allen Freunden und Förderern dieses wahrhaft zeitgemäßen Wertes der Caritas ist wohl schon bekannt, welchen Ansehungen und Verfolgungen in Berlin die armen Schwestern mit den Kindern ausgesetzt sind. Der Grund der Verfolgung ist der alte, immer wiederkehrende Satz gegen alle katholischen Institute und Genossenschaften. Wir können darum auch an dieser Stelle nicht recht zu finden wußte. Und so soll es also weitergehen — wenn es der „Kön. Ztg.“ nach geht.

Bereinsnachrichten.

§ Dresden, den 22. Januar. Die Bezirke Johannstadt und Striesen des Volkvereins für das kath. Deutschland hielten gestern abend eine Versammlung ab, welche einen sehr starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende Herr Böttlinger begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste, worauf Herr Pfarrer de La Salle über das Thema: „Die Menschheit, ein sozial-sittlicher Organismus“ sprach. Redner erläuterte zunächst den Unterschied zwischen Organismus und gleichartiger Masse an dem Beispiele vom menschlichen Körper, der aus ungleichen Teilen besteht, der jeder eine andere Funktion zu verrichten hat. Die Verschiedenheit der leiblichen Bedürfnisse bedingte die Ungleichheit der leiblichen Glieder. Ein ungleichartiger, gleichartig geformter Leib könnte gar nicht existieren, ebensowenig ein Leib, dessen Glieder sämtlich gleich wären. Ebenso weise die menschliche Gesellschaft die wesentlichen Merkmale eines Organismus auf. Es wäre ihr Tod, wollte man versuchen, eine Gleichstellung ihrer Glieder herbeizuführen. Man denke sich nur, sie bestühe aus Gelehrten; sie müßte zu Grunde gehen, da sie Nahrung, Wohnung und Kleidung, sowie die übrigen Bedürfnisse sich nicht verschaffen könnte. Würden die Menschen lauter Kapitalisten sein, so würde niemand die notwendigen Güter erzeugen, welche die unermögenden Klassen erarbeiten. Es bestühe daher auch eine notwendige Abhängigkeit der ungleichen Teile von einander. Denn kein Stand könne ohne die Mitwirkung der übrigen Stände bestehen und die ganze Gesellschaft wäre gefährdet, wollte ein Stand seine Funktionen nicht verrichten. Daraus ergibt sich auch, daß die menschliche Gesellschaft eine sittliche Einheit darstelle; die einzelnen Glieder werden infolge ihrer Verschiedenheit nicht zum Kampfe, sondern zur Eintracht hingewiesen. Die Gleichheit der verschiedenen Glieder bestühe nach den Worten unseres hl. Vaters Pius X. nur darin, daß alle Menschen ihren Ursprung von Gott, dem Schöpfer herleiten, daß alle von Jesus Christus erlöst worden seien und daß sie alle genau nach ihren guten und bösen Handlungen von Gott gerichtet werden, um Lohn oder Strafe zu empfangen (Encyclica, Quod Apostolici muneris). Aus dem organischen Wesen der menschlichen Gesellschaft ergibt sich, daß der einzelne die ihm von Gott anvertraute Aufgabe mit Demut, aber auch mit Verußstolz erfüllen soll. Wenn man sich als Glied des Ganzen fühlt, so werde das Gefühl der Zusammengehörigkeit zufrieden machen. Man werde die Arbeit nicht nach dem Heueren bewerten, sondern nach dem Lohne, den sie einst im Jenseits ernten werde. Die Versammlung dankte dem hochverehrten Redner für seine schönen Ausführungen durch Erheben von den Sigen. Herr Szymborski widmete dem verstorbenen hochw. Bischof einen warm empfundenen Nachruf und pries ihn als fürsorglichen Vater der Diözesen, als Freund der Arbeiter und des Volkvereins für das kath. Deutschland. Herr Pfarrer Rudolph gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck und widmete dem einheimische Industrie und Handel schwer schädigenden Streik einige bedeutsame Worte. Seine im späteren Verlaufe der Versammlung gegebene Anregung wegen Abhaltung einiger Missionsvorträge als Vorbereitung zur Osterbeichte, sowie der Abhaltung des 13tägigen Gebetes am Fasttage fand allseitig lebhaften Widerhall. — Herr Lehrer Hasenfelder brachte eine Eingabe der Striesener Hausväter an den kath. Schulvorstand zur Verlesung. Es wird darin gebeten, es möglich zu machen, die für Ostern 1906 geplante Verlegung der 1. Schulkasse aus der siebenklassigen Zweigschule, Wittenbergerstraße in Striesen, nach der IV. Bezirksschule, Schumannstraße in Johannstadt, rückgängig zu machen und die Zweigschule zu einer achtklassigen auszugestalten. — Das Mitglied des Schulvorstandes, Herr Sekretär Feder, versicherte, daß der Schulvorstand der Striesener Angelegenheit das größte Interesse entgegenbringe. Leider sei die Schulkasse in so hohem Maße bereits belastet, daß vorderhand an eine Erweiterung der siebenklassigen Schule in eine achtklassige wegen der großen damit verbundenen Kosten nicht gedacht werden könne. Nach Fertigstellung der Turnhalle, deren Bau im Frühjahr beginnt, werden die Wünsche erfüllt werden können, nachdem dadurch neue Schulzimmer geschaffen werden. Nachdem zu dieser Sache noch einige Herren gesprochen, schloß der Vorsitzende mit einigen Dankesworten die Versammlung.

Bermischtes.

v Jubiläumskubertis mit amtlichen Wertstempeln. Zur Centenarfeier des Königreichs Bayern ist eine Serie von vier verschiedenen Jubiläumskubertis erschienen, welche infolge ihrer geschmackvollen Aus-

